



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

D., J.: Die gegenwärtige Situation in der schleswig-holsteinischen Frage.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Die gegenwärtige Situation in der schleswig-holsteinischen Frage.

In der particularistischen Presse begegnen wir jetzt häufig gewissen triumphirenden Reflexionen darüber, daß die Annerxionspartei die Flügel hängen lasse. Früher sehr obenhinaus in ihrem anmaßlichen Selbstbewußtsein — bekanntlich ist Anmaßung einzig und allein im annexionistischen Norden zu Hause — sei sie neuerdings sehr kleinlaut geworden. Zeuge dessen die Organe des Großpreußenthums. Früher unverschämt, jetzt verschämt, früher dem Cultus der Macht ergeben, jetzt wieder mit dem „mifachteten Recht“ liebäugelnd, zwar wohl nicht recht eigentlich aus reuiger Selbsterkenntniß, wohl aber aus der augenöthigten Ueberzeugung, daß auf dem eingeschlagenen Wege doch nicht auszukommen sei, daß die rechtlose Macht doch nur taube Frucht trage. Ist an diesen Reflexionen, zu denen wir die Belegstellen unschwer aus einer ganzen Reihe von Blättern beibringen könnten, etwas Wahres? Etwas Wahres, ja — nämlich die Erscheinung ist nicht zu läugnen, daß die politische Unreife, die sich im Particularismus offenbart, mit einer gewissen naiven Gefühlfrische zu Werke geht, mit einer frisch-fromm-fröhlichen Elasticität ihre Purzelbäume im Grase schießt, mit welcher der nüchterne politische Verstand schlechthin nicht wetzeln kann.

Als einen solchen politischen Purzelbaum möchten wir u. a. die jüngst in Stuttgart decretirte Bildung einer „deutsch-föderalistischen“ Partei bezeichnen, welche, wie es in dem Schreiben an die württembergischen Abgeordneten Fezer, Hölder, Schott &c. heißt, „sich auf das Volk und den demokratischen Fortschritt stützt und von der Selbstbestimmung der Nation die Lösung der deutschen Frage durch Herstellung eines deutschen Bundesstaates auf demokratischer und föderativer Grundlage erwartet.“ Andererseits wird in demselben Schreiben erklärt, daß „die deutsch-unitarische Parteirichtung, welche sich auf die Macht des preussischen Großstaates stützt“, zu jenem Programm in einem Gegensatz steht, „der weder vertuscht noch versöhnt werden kann“. Ein Festhalten an der Verbindung mit der preussisch-unitarischen Partei erklärt die Versammlung für ein Hinderniß des Anschlusses an sie. Prüfen wir diese Sätze. Die deutsch-unitarische Parteirichtung, heißt es, stützt sich auf die Macht des preussischen Großstaates. Wo und wann ist dies geschehen? Ist das wesentlichste Argument derjenigen, die dem Anschluß der Herzogthümer an Preußen unter allen Umständen das Wort geredet haben, nicht grade immer das der mangelnden Machtfülle des preussischen Staates gewesen? Preußen, sagten wir, theilweise sogar in Uebereinstimmung mit unseren Gegnern, ist ohnmächtig seinen deutschen Beruf zu erfüllen. Es bedarf dafür keiner künstlichen Argumentation — der Beweis dafür liegt in der Thatsache, daß es ihn nicht erfüllt. Ein machtvoller Staat geht stricte und mit festen Schritten die Bahn der ihm vorgezeichneten Entwicklung; mit sicherem Griff bemeistert er die sich ihm aufdrängenden Aufgaben, mit nachhaltiger Kraft überwindet er die unausbleiblichen Hindernisse und Schwierigkeiten. Ganz das entgegengesetzte Schauspiel bietet Preußen. Im Innern schwankend zwischen freien Anläufen und schweren Rückfällen, nach Außen theils die Gelegenheiten versäumend, theils unfähig sie zu benutzen und, wie gegenwärtig, vergeblich sich abmühend den widerspenstigen Stoff zu meistern. In keiner Partei herrscht ein so

klares Erkenntniß grade von der eigenthümlichen Schwäche des preußischen Staates, als in der, die man am preußischen Großmachtbewußtsein erkrankt glaubt. Allein dieser Schwäche, dieser Mangelhaftigkeit abzuhelpen mit allen Mitteln, die sich eben grade darbieten, das ist uns jederzeit als die wahre Aufgabe einer leistungsfähigen, deutschen Volkspolitik erschienen und zwar deshalb, weil es dem preußischen Staat gegenüber immer nur die beiden Alternativen giebt: entweder ihn mit Herrn Pfau und Genossen zu zertrümmern oder, wie er sich weniger gewaltsam ausdrückt, in seine Bestandtheile aufzulösen, oder an ihm weiter zu bauen und seine Entwicklung zur Freiheit in jedem möglichen Sinne zu fördern. Wohl mag der seiner schöpferischen Kraft sich bewußte und ihr vertrauende Künstler das Werk seiner Hände wieder zertrümmern, wenn es ihm nicht Genüge leistet, aber auf staatliche Verhältnisse angewendet paßt dieser Vergleich schon deshalb nicht, weil der Staat nie ein abgeschlossenes, sondern ein organisches, in steter innerer Wandelung begriffenes Gebilde darstellt.

Viele aufrichtige Patrioten haben in den langen Jahren der Reaction, die im Großen und Ganzen überall auf Deutschland lastet, sehnsüchtig nach einem Anstoß von Außen, nach einer Umschwung wie im Jahre 1848 ausgeblickt. Wer die Entwicklung der Herzogthümerfrage bis auf den heutigen Tag überblickt, dürfte von diesem Wunsch bald geheilt werden.

Denn nichts Charakteristischer schärfer die verhältnißmäßig geringe Entwicklung des politischen Verstandes in Deutschland seit jenem Jahre als die babylonische, durch die sogenannte Machtfrage angerichtete Verwirrung der Geister. Es läßt sich schon jetzt unschwer voraussagen, daß, böte ein günstiges Geschick uns abermals die Gelegenheit von damals, segte ein Sturmwind von außen abermals die Hindernisse hinweg, welche dem Zusammentritt eines deutschen Parlamentes in dem Weg stehen, der Verlauf der Dinge sich wesentlich analog wie in jener Zeit gestalten würde. Was damals die Bewegung in allen Stadien scheitern ließ, war die Ueberschätzung der sogenannten sittlichen Momente, die Unterschätzung der realen Macht. Das Vorparlament, der Fünziger-Ausschuß, das Parlament, alle diese revolutionären Factoren wettsiferten in demselben verhängnißvollen Irrthum, sich lediglich auf ihr Recht stützen zu wollen und zu glauben, daß ihnen dann das Uebrige alles zufallen würde, selbst Männer, die uns heute noch als Muster aufgestellt werden und die es in einigen Punkten sein können, wie Heinrich Simon, finden wir in demselben fundamentalen Irrthum befangen. Augenblicklich ist wohl kaum noch ein Zweifel darüber möglich, daß das Jahr 48 nur dann einen dauernden Erfolg haben konnte, wenn sich das Vorparlament sofort nach seinem Zusammentritt in Permanenz erklärte, und wenn es seine erste, ausschließliche Sorge dahin richtete, eine wirkliche, gefürchtete Macht zu werden. Wie aber äußert sich Simon über diesen Punkt? In dem Brief an Gustav Simon vom 11. April 1848 (vgl. S. Simon. Von J. Jacoby) schreibt er: „Die zweite namentliche Abstimmung fand darüber statt, ob die vorbereitende Versammlung sich für permanent erklären solle. Ich stimmte dagegen, aus dem einfachen Grund, weil mir nichts sicherer war, als daß durch diese Permanenz Seitens einer sehr eigenthümlich componirten Versammlung der Zusammentritt einer wirklichen Nationalversammlung nicht erfolgen, sie vielmehr selbst die Constituante spielen würde, und dazu war sie nicht geeignet.“

Was die Anschauung, der das Scheitern der 48er Bewegung zuzuschreiben ist, mit der heute herrschenden verbindet, ist die Urtheilslosigkeit, mit der man heute wie damals das Verhältniß von Macht und Freiheit verwechselt. Wäre diese Urtheilslosigkeit weniger groß, so würde man nicht fortwährend der angeblichen freiheitsfeindlichen Macht des preußischen Staates die ingrimmigste Antipathie widmen, sondern vielmehr die freiheitsfeindliche Richtung der zeitweilig herrschenden Partei als einen Beweis und eine Folge der Machtlosigkeit der den Fortschritt allein ver-

bürgenden Elemente des Staatslebens in erster Linie in Betracht ziehen. Es entstände dann die rationelle Frage, wie dieser Machtlosigkeit, die sicher nicht im deutschen Interesse liegt, abzuhelfen ist. Auf diese Frage giebt es nach allen Regeln der Logik nur die einzig mögliche Antwort: durch Verstärkung der Elemente, die im Sinne des Fortschritts wirken. Ist die Staatslage gegenwärtig so geartet, daß die dem Feudalstaat dienbaren Factoren die Wagschale einer volksthümlichen Entwicklung hoch in die Luft schnellen, so wird dies Verhältniß umgekehrt sein, je mehr Gewichte wir in diese letztere werfen können. Jedes Anwachsen des Staates, jede Hinzufügung neuer Volkstheile, jeder wahrhafte Machtzuwachs, durch erweiterten Handel und Verkehr, die stets aus innerer Nothwendigkeit dem demokratischen Gedanken verbündet sind, verstärkt jene Gewichte, die den Absolutismus zu Boden zu drücken bestimmt sind.

Doch wir wenden uns von allgemeinen Betrachtungen zu dem concreten Fall. Wir geben zu, die Annexionsactien stehen gegenwärtig nicht gut. Mit Hilfe der politischen Weisheit der in den Herzogthümern dominirenden Partei sind wir zu einem ausfichtselosen Stillstand gelangt, mit Hilfe einer Einmischung des Auslandes, welche die Schleswig-Holsteinsche Zeitung schon im Voraus mit Glückwünschen überschüttet und gegen welche mittelstaatliche Organe ausdrücklich nichts zu erinnern finden, kommen wir vielleicht noch glücklich dahin, daß der Wolf, um den beliebten Ausdruck östreichischer Blätter zu gebrauchen, die Beute wieder fahren läßt. Was ist in diesem Fall der Gewinn für den „demokratischen Fortschritt“ und die Freiheit, der zu Ehren alles geschehen sein soll? Um darauf die correcte Antwort zu geben, sehen wir uns einen Augenblick die Rehrseite der Medaille an.

Nehmen wir an, das Volk der Herzogthümer hätte die Selbstbezwungung und den politischen Verstand gezeigt, eine engste Verbindung, eine totale Verschmelzung mit Preußen unverhohlen zu fordern. Die Regierung wäre alsdann genöthigt gewesen, um Oestreich zu beseitigen, sich auf den ausgesprochenen Volkswillen zu stützen. Von einem Verhältniß, wie es jetzt mit Lauenburg zur abermaligen Schädigung der preußischen Volksrechte und Verfassung eingetreten ist, konnte nie die Rede sein. Ganz außer Frage stand bei der Ohnmacht des Bundes und der mißgünstigen Mittelstaaten die jetzt wieder nahe gerückte Einmischung des Auslandes. Das Schicksal der Mittelstaaten war — nach ihrem eignen unzähligenmal wiederholten Geständniß — mit einer Preußen günstigen Lösung der Herzogthümerfrage im Sinne der Mediatistruug entschieden. Ihre innere Kraft zu selbständiger staatlicher Existenz sowie der Einfluß Oestreichs auf die deutsche Entwicklung war gebrochen. In Preußen aber wäre unter günstiger gestalteten und erweiterten Bedingungen der Kampf um den Constitutionalismus weiter fortgeführt worden, dessen Ausgang die Verheißung hat, auch für Deutschland mitentscheidend zu sein.

Dies waren die Aussichten einer Lösung der Herzogthümerfrage im Sinne der großpreußisch-demokratischen Partei. Ihre Vortheile liegen auf der Hand, sie sind bestimmter, klar sachlicher Natur, Größen, mit denen der praktische Politiker rechnen kann. Was wir, da die Entwicklung der Dinge nicht diesen Weg genommen, jetzt besitzen, liegt ebenfalls klar vor. Die Verwirrung der Situation bis zur Rathlosigkeit gesteigert, das Oestreich, das sein eignes deutsches Element den Tschechen und Magyaren überantwortet, gefestigter wie vorher in seinem Einfluß auf die deutsche Entwicklung, der verheißungsvolle Bund, die verheißungsvollen kleinen Staaten Deutschlands mit neuen Kräften ausgerüstet ihre Splitterexistenzen weiter fortzusetzen, Preußens staatliches Vermögen geschwächt, nirgends eine Anbahnung zukünftiger Lösungen. — Das sind die Folgen einer unermühten Selbstbestimmung, das die Triumphe jener deutsch-föderalistischen Parteirichtung, die mit dem „demokratischen Fortschritt“ und der „Selbstbestimmung“ prunkt und die überall nichts vermocht hat als ihrer mißbräuchlichsten Anwendung das Wort zu reden.

Denk das ist der schwerste, aber gleichzeitig gerechteste jener Partei zu machende Vorwurf, daß sie — unbekümmert um den vernünftigen Inhalt der Selbstbestimmung — mit dieser selbst, einem an sich ganz leeren Begriff, einen hirnlosen Cultus treibt und getrieben hat. Auf diese Weise hat dieser Begriff in den Köpfen der Menge sich mit dem Inhalt einer reinen Willkür erfüllt, die an sich den schroffsten Gegensatz zur Freiheit bildet, denn die Freiheit ist die Selbstbestimmung zur Vernunft. Die großpreussische Partei hat keineswegs, wie man ihr lächerlicherweise vorwirft, die Selbstbestimmung aufzuheben, aber sie hat sie mit einem vernünftigen Inhalt zu erfüllen, auf ein vernünftiges Ziel zu richten versucht. Auf diese Weise kam sie freilich in die unbequeme Lage, denen entgegentreten zu müssen, die mit dem verlockenden Feldgeschrei der leeren Selbstbestimmung dem Eigendünkel der Massen schmeicheln. Sie kam dahin, dem unvernünftigen Belieben sich so oder so entscheiden zu können den vernünftigen Entschluß sich in einer gegebenen Lage so und nicht anders zu entscheiden entgegenzusetzen, sie mußte an die politische Einsicht, an die Fähigkeit, sich zu beschränken, appelliren, sie mußte endlich davor warnen, sich durch persönliche Erbitterung von dem großen Zielpunkt, dem es galt — die nationale Einheit durch rasche Opferwilligkeit um ein Erhebliches zu fördern — abwendig machen zu lassen. Dieser Appell, diese Warnung sind nicht von glücklichen Folgen begleitet gewesen. Wie sollten sie auch? War es doch ungleich bequemer wie im Punkt 3 des in dem „Deutschen Wochenblatt“ von Herrn Eckhardt für die deutsche Volkspartei aufgestellten Programms zu sagen: Wir wollen nur eine auf dem Wege der Freiheit errungene nationale Einheit. Was man sich übrigens unter diesem so formulirten Postulat vorzustellen hat, mag dem Dichter des „Sokrates“ vielleicht verständlicher sein als einem nüchternen Politiker. Die nationale Einheit wird erstehen, wenn die Hindernisse der verschiedensten Art, welche sie bis dato nicht zu Stande haben kommen lassen, beseitigt sein werden. Auf welche Art, auf welchem Wege sie aber erstehen wird, darüber lassen sich keine Vorschriften machen und kindisch ist es, in dieser Beziehung ein Wollen auszudrücken. Oder was will Herr Eckhardt mit den Gewaltthaten Napoleons anfangen, welche die deutsche Nationaleinheit in einem Ruck mehr förderten als die ganze seitdem verfloßene Zeit? War es der Weg der Freiheit, auf dem ein Stück der nationalen Einheit errungen ward, wenn der fremde Eroberer mit einem Federstrich die geistlichen Herrschaften in Deutschland säcularisirte? Sollen wir diese ungeheuren Fortschritte und Errungenschaften ungeschehen wünschen, weil sie nicht auf dem in Punkt 3 des Programms der deutschen Volkspartei vorgeschriebenen Wege zu Stande gekommen sind?

Es ist ein Zeichen der Zeit, und nicht das erfreulichste, daß man solche aller politischen Anschauung baare Phantastereien als Parteiprogramme bekämpfen muß. Wahrer politischer Sinn richtet sich auf die Bewältigung der nächsten großen Aufgaben der Gegenwart. Diese Aufgaben sind gegeben in dem in Preußen vor sich gehenden Kampf um die Gründung eines Rechtsstaates. Der Schleswig-holsteinischen Bevölkerung stand der Weg offen, sich durch freie Wahl zum Genossen dieses Kampfes, zum mitentscheidenden Factor desselben zu machen. Daß sie vor dieser Aufgabe gleichgiltig stehen blieb und daß sie in ihrer Mehrheit sich lieber unfruchtbaren Negationen und nebelhaften Phrasen zuwendete, das ist das wahrhaft Charakteristische der Situation, sowie das einzig denkwürdige Ergebnis der gegenwärtigen Bewegung immer nur darnach gemessen werden wird, ob das neunzehnte Jahrhundert in der That noch die Errichtung eines neuen deutschen Kleinstaates erleben wird.

J. D.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Moriz Busch.

Verlag von F. L. Herbig. — Druck von E. C. Elbert in Leipzig.